

## Pragmatismus als Strategie

In der Ära Obama hat Innenpolitik Vorrang vor Aussenpolitik

Unter Obama sind die USA keine zurückhaltende Macht. Die innenpolitischen Widerstände gegen eine Neupositionierung der USA als globale Ordnungsmacht sind gross. Die Krim-Krise könnte diese Entwicklung wieder auf den Kopf stellen.

Martin Zapfe

Krisen kommen zumeist ungelegen – die russische Annexion der Krim erwischt die Vereinigten Staaten jedoch zu einem ungewöhnlich schlechten Zeitpunkt. Für die USA endet mit dem Einsatz in Afghanistan 2014 der längste Krieg ihrer Geschichte. Ihr Appetit auf neue Konflikte ist gering. Das Verteidigungsbudget soll sinken, der strategische Schwerpunkt nach Asien verschoben werden. Politische Spannungen in Europa treffen auf eine USA, in der weder der Präsident noch die Bevölkerung bisher willens schienen, weiter die Schutzmacht Europas zu sein.

### Weg von Militärengagements

Barack Obama ist aussenpolitisch der vorsichtigste Präsident seit dem Ende des Kalten Krieges. Präsident George H. W. Bush führte die USA in den ersten Golfkrieg. Unter seinem Nachfolger Bill Clinton verliessen die USA Somalia, intervenierten jedoch zweimal entscheidend auf dem Balkan. Der «Krieg gegen den Terror» von George W. Bush führte nach Afghanistan, in den Irak und in zahlreiche andere Staaten weltweit. Obama will weg von militärischen Engagements und will die Aussenpolitik der USA neu ausrichten.

Obama ist, insbesondere im Kontrast zu seinen Vorgängern, ein innenpolitischer Präsident. Er wurde gewählt, um die wirtschaftlich erschlagenen USA zu erneuern, nicht um neue Kriege zu beginnen. Zudem zeigt der Präsident die Abneigung des Intellektuellen gegen die Realität verengende «Globalstrategien», die noch sein oft gescholtenen Vorgänger mit seinem «Globalen Krieg gegen den Terror» verfolgte. Die einzige fundamentale strategische Entscheidung, die Obama bisher traf, soll die USA weg vom befriedeten Europa und hin nach Asien führen: Obama will der «pazifische Präsident» sein.

Aber auch nachdem Barack Obama im Januar 2017 das Weisse Haus verlassen haben wird, wird sein Nachfolger vor der Herausforderung stehen, Amerika als globale Führungsmacht zu positionieren. Der Grund sind vor allem drei langfristige Entwicklungen: die globale Finanzkrise, eine tiefsitzende Kriegsmüdigkeit und der Boom unkonventioneller Energiereserven.

### Einschneidende Sparpolitik

Auch sechs Jahre nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers sind die Nachwirkungen der globalen Wirtschaftskrise und Finanzkrise nicht verklungen. Es hilft, sich die dramatischen Implikationen der Krise zu vergegenwärtigen: Im Januar 2009, als Obama in das Weisse Haus einzog, verloren die USA jeden Monat 800 000 Arbeitsplätze, die amerikanische Wirtschaft war um 8 Prozent eingebrochen, und Vermögen in der Summe von 19 Billionen Dollar waren vernichtet worden. In den ersten Monaten seiner Amtszeit beanspruchten die Massnahmen gegen diese Krise die gesamte Aufmerksamkeit des Weissen Hauses.

Bedeutender noch sind die erheblichen Sparmassnahmen, die in der Folge die öffentliche Hand in der Aussen- und Sicherheitspolitik lähmten. Das Verteidigungsbudget, wichtigste Säule der internationalen Suprematie, soll massiv sinken. Die Sparmassnahmen sollen nicht nur den Gesamthaushalt entlasten, sondern auch, nach dem Ende der Kriege in Afghanistan und im Irak, eine Friedensdividende bringen.

Hinzu kommt, dass die unversöhnlichen Lager in Washington noch keine dauerhafte Lösung im Haushaltstreit gefunden haben. Unter dem Strich muss das amerikanische Militär zwischen 2013 und 2023 zwischen 900 Milliarden und einer Billion Dollar sparen. Das geht nicht ohne Einbussen in Quantität und Qualität. Zwar werden die USA auf absehbare Zeit jeder anderen militärischen Macht überlegen bleiben; aber sie werden nicht umhinkommen, knapper werdende Ressourcen zu priorisieren.

### Verbreitete Kriegsmüdigkeit

Die notwendige Schwerpunktsetzung dürfte nun im Zuge der Krim-Krise noch schwieriger werden. Der gerade erst veröffentlichte Vierjahresplan des Verteidigungsministeriums hatte Konflikte mit Staaten vor allem in Asien und in Nahost erwartet. In der Zwischenzeit sei aufgrund der massiven Reduktion des Verteidigungshaushalts das Risiko einer partiellen Schwäche einzugehen. Und in diese Phase fällt Wladimir Putins Handstreich, der neue, alte und eigentlich unerwartete Konfliktlinien zwischen Washington und Moskau akzentuieren könnte.

Die USA werden also weniger Kriege führen können – und sie wollen auch weniger führen. Die finanziellen Härten, denen viele Amerikaner ausgesetzt sind, haben zu Kriegs- und Interventionsmüdigkeit geführt. Angesichts von zwei jahrelangen Kriegen, die auf amerikanischer Seite rund 6000 Todesopfer und ein Vielfaches an Verletzten gefordert haben, und angesichts von Gesamtkosten von 4 bis 6 Billionen Dollar und einem ungewissen Ausgang ist der Appetit auf militärische Abenteuer zunächst gestillt.

Diese auf internationale Zurückhaltung getrimmte amerikanische Grundstimmung wird durch neuere energiepolitische Entwicklungen gefördert. Isolationistische Stimmen haben in den USA eine lange Tradition, fanden in den letzten Jahrzehnten aber wenig Gehör. Zu deutlich war die Abhängigkeit von zuverlässiger und bezahlbarer Erdölversorgung. Amerikas Aussenpolitik wurde entgegen vielen Verdächtigungen nie allein durch die Abhängigkeit von Öl bestimmt; und doch hatte die Verbindung mit vielen undemokratischen Regimen im Nahen Osten immer etwas mit gesicherter Ölversorgung zu tun.

Daher sind die geostrategischen Folgen der Erschliessung neuer Energiereserven erheblich. Technische Fortschritte, vor allem das sogenannte Fracking, erlauben es den USA seit einigen Jahren, vormals nicht erreichbares Erdöl und Gas im eigenen Land zu fördern. Dieser vor wenigen Jahren noch unvorstellbare Boom wird die USA bereits 2015 zum weltweit grössten Ölproduzenten machen. Die USA wären dann in der historisch einmaligen Situation, die enormen Einkünfte aus den Rohstoffreserven zusätzlich zu ihrer weiterhin weltweit führenden Wirtschaft nutzen zu können. Noch zögern die USA, die ungewohnte Rolle als potenzieller Rohstofflieferant strategisch zu nutzen und beispielsweise Verbündete gezielt zu beliefern. Das könnte sich im Falle eines wirtschaftlich ausgetragenen Konfliktes mit Russland jedoch ändern.

### Strategische Unsicherheit

Diese drei Entwicklungen werden den Rahmen jedes künftigen Präsidenten bilden. Politik ist jedoch keine Naturwissenschaft – entscheiden werden weiterhin gewählte Präsidenten. Ihr Wille, ihre Führung kann viel bewegen. Ein Vierteljahrhundert nach dem Fall der Berliner Mauer fällt wieder der Schatten einer militärischen Bedrohung auf Europa. Es ist durchaus möglich, dass Obama die USA angesichts der Krim-Krise wieder stärker nach Europa und in die Nato steuert.

Martin Zapfe leitet das Global Security Team am Center for Security Studies der ETH Zürich.

Nichtwestlichen Akteuren gelingt es immer besser, sich die Schwächen des überlegenen amerikanischen Militärs zunutze zu machen. Wo die USA ihre militärischen Vorteile nicht ausspielen können, verlieren sie auch an politischem Gewicht.

Michael Haas

Die Rolle der USA im globalen Sicherheitsgefüge ist präzedenzlos. Die erdumspannende Präsenz ihrer Streitkräfte stellt die militärische Infrastruktur des römischen Imperiums, des portugiesischen Weltreichs oder des britischen Empire weit in den Schatten. Doch die Grundlagen dieses Systems der weltweiten Machtentfaltung sind zunehmend infrage gestellt. Regionale Herausforderer, allen voran die Volksrepublik China, haben die Operationsweise westlicher Truppen in den letzten zwei Dekaden genau studiert und Wege gefunden, ihnen mit vergleichsweise bescheidenen Mitteln entgegenzutreten.

Zugleich finden die technologischen Innovationen, auf denen der militärische Vorsprung des Westens beruht, immer mehr Verbreitung. So müssen amerikanische Truppenverbände zunehmend damit rechnen, selbst zum Ziel hochpräziser Angriffe über grosse Entfernungen zu werden. Wirksame Gegenmassnahmen werden durch die erhebliche Kürzung der Budgetmittel im Fahrwasser der amerikanischen Budgetkrise zusätzlich erschwert. Schon heute hat der sparsamere Umgang mit Geld unmittelbare Auswirkungen auf die Kampfbereitschaft. Die Planer im Pentagon sehen sich so mit neuen und ungewohnten Einschränkungen konfrontiert. Doch wo die militärische Handlungsfähigkeit der Supermacht nicht gesichert ist, leiden auch die globalen Ordnungsstrukturen.

### Netzwerk von Bündnissen

Die Sicherheitsordnungen Europas, des Mittleren Ostens und Ostasiens beruhen wesentlich auf einer amerikanischen Strategie der globalen Vorwärtsverteidigung. Seit Ende der vierziger Jahre unterhalten die Vereinigten Staaten deshalb ein ausgedehntes Netzwerk von Allianzen, Stützpunkten und vorwärts stationierten Truppen. Wie andere Sicherheitsordnungen vor ihr beruht die Pax Americana in erster Linie auf dem Versprechen der Führungsmacht, ihre Verbündeten politisch und militärisch zu beschützen. Im Austausch für diese Sicherheitsgarantien verpflichten sich die Partner zu weitgehender Gefolgschaft und zur Bereitstellung von Unterstützungsleistungen. Dadurch leisten die Verbündeten – etwa Japan und Südkorea im Pazifik, Britannien und Deutschland in Europa – einen unerlässlichen Beitrag zur Umsetzung einer in letzter Konsequenz an spezifischen amerikanischen Interessen angelegten Verteidigungsstrategie. Ihr Vertrauen in die sicherheitsfördernde Prä-

### WIE SCHWACH IST DER WESTEN?

eg. · Die Annexion der Krim durch Russland konnten die USA und ihre Verbündeten nicht verhindern. Präsident Putin triumphiert. Zugleich fordert China Amerika militärisch heraus – nicht in offener Konfrontation, aber durch beständige Aufrüstung und eine geschickte Strategie. Wie stark oder wie schwach ist der Westen noch? Das Center for Security Studies der ETH Zürich analysiert diese Entwicklung in seiner jährlichen Reihe «Strategic Trends», aus deren Ausgabe 2014 drei Beiträge gekürzt übernommen wurden.

www.sta.ethz.ch

# Die amerikanische Welt

Die militärische Überlegenheit Washingtons



Die Absolventen der amerikanischen Militärakademie von West Point dienen in den stärksten

sens der amerikanischen Streitkräfte zu erhalten, ist deshalb seit mehr als sechzig Jahren das Hauptziel von Washingtons Allianzpolitik.

### Logistik der Abschreckung

Das Fundament amerikanischer Sicherheitsgarantien bildet die glaubhafte Fähigkeit, den Alliierten notfalls durch den Einsatz überlegener militärischer Mittel wirkungsvoll beizustehen. Obwohl die globale Einflussnahme der USA in wichtigen Bereichen durch internationale Übereinkommen eingegrenzt wird, bleibt die Bedeutung des militärischen Instrumentariums im Rahmen der regionalen Allianzen ungeboren. Allerdings erlauben es selbst die umfangreichen und diversifizierten Streitkräfte der USA nicht, die vielfältigen Bündnisverpflichtungen zeitgleich zu bedienen.

Wie in einem Bankensystem übersteigen die übernommenen sicherheitspolitischen Haftungen das vorhandene militärische Eigenkapital um ein Vielfaches. Aus diesem Grund kommt der Abschreckungswirkung strategisch mobil – das heisst rasch zwischen verschiedenen Schauplätzen verlegbarer – Verbände eine für die Systemerhaltung entscheidende Bedeutung zu.

Der schnelle Sieg über die irakische Armee im März 2003 täuscht darüber hinweg, dass der militärische Vorsprung

der USA an kritischen Stellen schwindet – auch gegenüber den konventionellen Streitkräften mancher Herausforderer. Gerade jene Akteure, die zu potenziellen Angriffszielen der USA werden könnten, haben die internationalen Konflikte der vergangenen zwanzig Jahre genau beobachtet und ihre Schlüsse daraus gezogen. Ihr Bewusstsein für die Schwächen der amerikanischen Militärmacht ist geschärft. So vermochte die serbische Armee schon im Kosovokrieg von 1999, den operativen Handlungsspielraum der Nato durch taktische Disziplin und erfolgreiche Täuschung beträchtlich einzuschränken. Die serbischen Verbände in Kosovo blieben mehr oder weniger unversehrt.

Ein Jahr später gelang es einer terroristischen Zelle der Kaida in Jemen, den amerikanischen Lenkwaffenzerstörer Cole mit einfachen Mitteln schwer zu beschädigen und dabei 17 Matrosen zu töten. Solche bescheidenen Erfolge bei dem Versuch, die Kosten für westliche Interventionstruppen zu erhöhen, waren es, die anderen möglichen Herausforderern einen Weg wiesen, den überlegenen amerikanischen Streitkräften erfolgreich zu begegnen.

### Chinesische Akzente

Allen voran ist es die Volksrepublik China, die ihre umfassende militärische Modernisierung spätestens seit

Trends 2014

# Ordnung ist verwundbar

und seiner Verbündeten schwindet zunehmend



Streitkräften der Welt. Doch das Gefühl der Unbesiegbarkeit schwindet.

MIKE SEGAR / REUTERS

der Taiwan-Krise des Jahres 1996 auf das Prinzip ausgerichtet, jedem potenziellen Gegner den Zugang zu Pekings Einflussphäre zu erschweren. Das Kalkül dieses Ansatzes ist einfach: Anstatt einer voll mobilisierten Interventionsstreitmacht entgegenzutreten, soll bereits die Verlagerung und Konzentration der gegnerischen Truppen unterbunden werden. In der Region befindlichen amerikanischen Einheiten sollen mit koordinierten Angriffen gegen Schwerpunkt-Ziele wie Flugzeugträgergruppen und Luftwaffenstützpunkte empfindliche Verluste zugefügt werden. Dabei legt die Volksbefreiungsarmee ihr Hauptaugenmerk auf die Verteidigung Taiwans sowie der «nahen Meere» und schafft für diese Zwecke kosteneffiziente Waffensysteme von wachsender Qualität an. Dazu zählt etwa ein neuartiges ballistisches Raketenystem, das die Bekämpfung von Flottenverbänden über eine Distanz von mindestens 1500 Kilometern ermöglichen soll.

Auch in anderen Bereichen setzt die Volksrepublik Akzente, die den Vereinigten Staaten die Erfüllung ihrer Sicherheitsgarantien erschweren sollen. So sollen die Vorteile der dichten Vernetzung amerikanischer Truppen durch die Bekämpfung oder vorübergehende Neutralisierung von Satelliten, Angriffe im virtuellen Raum sowie die elektronische Kampfführung neutralisiert wer-

den. Die amerikanische Stärke, überall präsent zu sein, soll sich in eine Schwäche verwandeln. Zuletzt beeindruckte China mit dem Test eines Hyperschall-Flugkörpers – einer Technologie, die von den USA seit Jahrzehnten erforscht wird, aber bisher nicht zur operativen Reife gebracht werden konnte. Die Folge ist eindeutig: Der technologische Vorsprung der Führungsmacht USA ist im Schwinden begriffen. Angesichts der Tatsache, dass das chinesische Verteidigungsbudget jedes Jahr ein zweistelliges Wachstum erfährt (im Jahr 2014 12,2 Prozent), während die USA im militärischen Bereich einschneidende Sparmassnahmen umsetzen müssen, ist mit einer weiteren Verstärkung dieses Trends zu rechnen.

## Variable Bedrohungen

Doch auch jenseits der strategischen Konkurrenz mit China schrumpft der amerikanische Vorteil langsam, aber stetig. Viele der operativen Ansätze und hochentwickelten Rüstungstechnologien, auf denen die chinesische Modernisierung beruht, finden zunehmende Verbreitung. Staaten wie Iran setzen auf eine pragmatische Mischung hochentwickelter mit eher überholten Waffensystemen, um ihre Sicherheit gegenüber möglichen Eingriffen zu behaupten. Ein solcher Ansatz wäre beispielsweise im Fall des viel diskutierten Szenarios einer

Blockade der Strasse von Hormuz relevant. So kämen in der Meerenge, durch die der überwiegende Anteil des nahöstlichen Rohöls fliesst, neben modernen Anti-Schiff-Lenk Waffen aus chinesischer Produktion auch Seeminen eines Typs zum Einsatz, der schon im Ersten Weltkrieg Verwendung fand.

Ebenso ist zu beobachten, dass fortgeschrittene Waffen kürzerer Reichweite ihren Weg in die Hände nichtstaatlicher Gruppierungen wie des libanesischen Hizbullah finden. Sie werden dadurch in die Lage versetzt, überlegene Streitkräfte auf dem von ihnen kontrollierten Gebiet und teilweise schon in den vorgelagerten Küstenregionen abzuwehren. Diese Erfahrung machten die israelischen Streitkräfte im Libanonkrieg 2006, als der Abhaltestrategie des Hizbullah neben einer erschreckend hohen Zahl moderner Kampfpanzer auch eine ihrer neuesten Korvetten zum Opfer fiel. Eine Multiplikation der zu erwartenden Kosten militärischer Eingriffe ist auch hier die Folge. Die USA und ihre Verbündeten gehen einem neuen Zeitalter der strategischen Verwundbarkeit entgegen. Dass sie die Grundlagen der globalen Sicherheitsordnung bewahren können, ist gerade vor dem Hintergrund der schwelenden Budgetkrise keinesfalls gesichert.

Michael Haas ist Researcher im Global Security Team des Center for Security Studies, ETH Zürich.

## Die neue europäische Realität

Umschwenken auf Konfrontationskurs

Putin hat Russlands nationalen Imperialismus wiederbelebt und das Land zum Gegenspieler des Westens gemacht. Erstmals seit dem Ende des Kalten Krieges steht Europa vor einer ersten strategischen Herausforderung.

Jonas Grätz

Die russische Annexion der Krim bringt bereits überwunden geglaubte Probleme schlagartig zurück in die europäische Wirklichkeit. Zwischenstaatlicher Krieg in Europa? Bis vor kurzem hielt man dies in weiten Kreisen für unmöglich und schaute für solche Beispiele lieber nach Ostasien. Durch Russlands Vorgehen ist jedoch das Militär als probates Mittel der Politik in Europa wieder ganz nach oben auf die Tagesordnung gerückt. Das Völkerrecht, mit dem man nach langjährigen Kriegserfahrungen insbesondere die europäische Staatenordnung zu stabilisieren suchte, wird indessen weiter unterhöhlt.

### Herausforderer des Westens

Unter Wladimir Putin ist Russland wieder zum Gegenspieler des Westens geworden. Die grossen Hoffnungen nach dem Ende des Kalten Krieges scheinen endgültig enttäuscht. Russland ist kein moderner und demokratischer Nationalstaat nach westeuropäischem Muster geworden. Während die Friedensordnung der Europäischen Union auf wechselseitiger Akzeptanz, völkerrechtlichen Grundsätzen, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verflechtung beruht, hat Russland unter Putin seine imperiale Identität wiederentdeckt. Diese lebt der Kreml nun freimütig aus – auch auf Kosten der wirtschaftlichen Kooperation mit dem Westen. Europa schreitet wieder von Kooperation zu Konfrontation.

Dabei verfolgte Russland unter Wladimir Putin schon vor der Krim-Krise eine Politik, die sich dezidiert gegen den Westen wandte und darauf zielte, die eigene Macht zu stärken. Insbesondere die Präsenz der USA in Europa ist dem Kreml ein Dorn im Auge. Dementsprechend versucht Moskau, eine Stärkung der Nato, etwa durch die Stationierung eines Raketenabwehrsystems in Europa, zu verhindern. Gleichzeitig sollen privilegierte bilaterale Beziehungen mit grossen Staaten in der EU aufgebaut werden, um die Union als Organisation zu schwächen. Energie- und Wirtschaftsbeziehungen sind hier das primäre, sehr effektive Mittel.

Der Konflikt mit der Ukraine ist vor diesem Hintergrund lediglich das deutlichste Signal dafür, dass der Kreml die nach dem Kalten Krieg in Europa etablierte Staatenordnung nicht akzeptiert und bereit ist, seinen Einflussbereich gegen den Westen zu verteidigen. Die gleiche Politik war 2008 schon in Georgien erfolgreich, als Moskau Tbilissi zu einem fatalen Militärschlag provozierte, um dann in einem Gegenschlag auf georgisches Territorium vorzudringen. Damals jedoch konnte Russland sein Vorgehen noch kaschieren. Die Eroberung neuer Territorien erfolgte nicht offiziell. Stattdessen wurden Abchasien und Südossetien kurzerhand als souveräne Staaten anerkannt.

### Machterhalt als Ultima Ratio

Im Westen, und gerade in weiten Teilen Europas, wurde lange Zeit viel Verständnis für Russland aufgebracht und die Entschlossenheit des Kremls unterschätzt: Moskau rasselte zwar mit dem Säbel, letztlich sei die wirtschaftliche Verflechtung aber zu gross, als dass sich Russland ein härteres Durchgreifen leisten könnte. Erst die Ukraine öffnete dem Westen die Augen für Russlands wiedererweckte imperiale Ambitionen in seiner Nachbarschaft.

Das unter Putin aufgebaute Herrschaftssystem, der «Putinismus», ist

zentral für das Verständnis der russischen Ambitionen. Der Putinismus ist eine Kombination von zentralisierter korporativ-charismatischer Führung, der Aushöhlung staatlicher Institutionen durch informelle Praktiken sowie der Steuerung der Öffentlichkeit durch Propaganda. Der Erhalt dieses Herrschaftssystems als oberstes Ziel steht einer grundlegenden Modernisierung des russischen Staates diametral entgegen. In den ersten Jahren nach der Jahrtausendwende fiel dies nicht weiter auf – steigende Ölpreise und eine grössere Nachfrage nach Rohstoffen bescherten quasi automatisch rasches Wirtschaftswachstum. Auch brachte die Zentralisierung staatlicher Macht nach den chaotischen neunziger Jahren zunächst Effizienzgewinne.

Anschliessend verschoben sich jedoch die innenpolitischen Voraussetzungen für den Machterhalt zunehmend hin zu einer traditionellen Grossmachtspolitik. Auf die wirtschaftliche Dürreperiode ab Ende des ersten Jahrzehnts im neuen Jahrtausend wurde nicht mit Reformen, sondern mit weiterer Konsolidierung der Herrschaft geantwortet. Abschottung gegen den Westen und die Wiederbelebung eines imperialen Nationalismus waren die Antwort. Über die verstärkte Kontrolle von Medien und Bürgergesellschaft konnte ein imperiales, antiwestliches Projekt als die beste Option für Russland präsentiert werden. Das Ziel des Machterhalts um jeden Preis konnte so mit dem Wunsch der Eliten nach einer Ausweitung des eigenen Einflussbereichs verbunden werden. Dass der Kapitalismus amerikanischer Spielart die Welt gerade in eine der schwersten Wirtschaftskrisen unserer Zeit gestürzt hatte, half dabei natürlich. Die wachsende Mittelschicht in den russischen Grossstädten wurde von diesen Entwicklungen zunehmend politisch marginalisiert.

### Kaum eigene «soft power»

Die fehlende Weiterentwicklung des Landes spiegelt sich nun fatalerweise in seinem Handeln auf der Weltbühne wider. Russland schlägt in Europa auch deshalb militärisch um sich, weil es nur wenig andere Instrumente zur Verfügung hat. Das eigene Wirtschaftsmodell, das auf einer Umverteilung von Rohstoffeinnahmen durch ein korruptes Elitenkartell beruht, ist für Nachbarn wenig attraktiv. Der russische Markt ist zwar für die ärmeren postsowjetischen Staaten interessant, hält aber nur wenig Entwicklungsoptionen bereit. Mit neuen Propagandamitteln wie dem englischsprachigen Fernsehsender Russia Today hat Russland zwar den Westen weiter diskreditieren, selber aber nicht massgeblich an «soft power» gewinnen können. Stattdessen hat der Kreml seit dem Krieg mit Georgien 2008 auf eine forcierte Modernisierung der Streitkräfte gesetzt und die Militärausgaben erhöht. Von diesen Anstrengungen erwartet Putin nun eine Dividende und bestätigt damit das alte Diktum, dass vorhandene Fähigkeiten auch früher oder später eingesetzt werden.

Russland stellt Europa damit erstmals seit dem Ende des Kalten Krieges wieder vor eine ernsthafte strategische Herausforderung. Der russische Handstreich auf der Krim wird die sicherheitspolitische Landkarte des Kontinents verändern. Die Tatsache, dass Putin von einer weiteren Eskalation des Konflikts in jedem Fall kurzfristig profitieren wird, macht eine Lösung nicht einfacher. Russlands zunehmende Isolation wird den uneinsichtigen Putin innenpolitisch auf nahe Sicht stärken. Damit nimmt auch der Schaden zu, der Russland durch den Putinismus zugefügt wird. Bleibt Putin jedoch längere Zeit uneinsichtig, ist ein chaotischer Kollaps des Regimes längerfristig unvermeidbar, mit unabsehbaren Folgen für Europa.

Jonas Grätz ist Senior Researcher im Global Security Team des Center for Security Studies, ETH Zürich.